

Denker und Macher Politisch haben Christoph Blocher, Peter Bodenmann und Franz Steinegger (v.l.) das Heu nicht auf der gleichen Bühne. «Menschlich haben wir grossen Respekt voreinander.»

Einer dagegen, zwei dafür: SVP-Vordenker **CHRISTOPH BLOCHER**, Ex-SP-Chef **PETER BODENMANN** und FDP-Urgestein **FRANZ STEINEGGER** kreuzten bei der EWR-Abstimmung die Klingen. Ihr persönlicher Rückblick auf das Jahr 1992 – mit Seitenhieben. FOTOS KURT REICHENBACH

Die ewigen Kämpfer



Erfahren Der Urner Franz Steinegger, 74, war von 1989 bis 2001 Parteipräsident der FDP. Heute führt er mit seiner Frau ein Anwaltsbüro.

«Der Versuch, den Berg von oben zu besteigen, machte die EWR-Diskussion zu einem Plebiszit über den EU-Beitritt»

FRANZ STEINEGGER

«Galopps gegen die Windmühle EU»

Er stand damals mächtig unter Druck. FDP-Urgestein **FRANZ STEINEGGER** trat als Parteipräsident in jeden Ring, um ein Nein zum EWR zu verhindern. Warum er die bilateralen Verträge als schlechte Alternative sieht. Und was für ihn heute besonders viel politischen Sprengstoff birgt.

◀ Eigentlich ging die Abstimmung über den EWR bereits am 18. Mai 1992 verloren, als der Bundesrat beschloss, ein Gesuch um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen abzusenden. Dieser Beschluss erfolgte gegen die Stellungnahme von drei der vier Bundesratsparteipräsidenten. Dieser Versuch, den Berg von oben zu besteigen, machte aus der EWR-Diskussion ein Plebiszit über den EU-Beitritt. Bei Veranstaltungen wurde vielleicht während zehn Prozent der Zeit über den EWR geredet. Der Rest war eine Diskussion über den EU-Beitritt.

Nach dem Beschluss des Bundesrates konnte man nämlich die Galopps gegen die Windmühle EU nicht mehr als Donquichotterie abtun. Allerdings muss man dem Bundesrat zugutehalten, dass eine Mehrheit der Ständeräte die Landesregierung im März 1992 eingeladen hatte, die Einreichung eines Gesuches um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu prüfen, und dass Gewerkschaften und Vorort das Gesuch begrüßten.

Auch Teile der Intelligenzija, die sich als Teil der universellen oder mindestens europäischen Klasse sah, konnte das Beitritts-gesuch kaum erwarten. Es wurde vergessen, dass in der direktdemokratischen Schweiz Aussenpolitik am Schluss zur Innenpolitik wird.



Besorgt
Der damalige FDP-Chef Franz Steinegger diskutiert im Juni 1992 mit seinem Bundesrat Kaspar Villiger.

Trotz der Einreichung des Gesuches und der Tatsache, dass die Gegner schon vor der Beschlussfassung im Parlament Volksversammlungen gegen den EWR abhielten, fehlten am Schluss lediglich 23 836 Stimmen.

Die bilateralen Verträge als Alternative der EWR-Gegner mussten dann bis 2000 verhandelt werden, sie haben mehr gekostet, weniger Sicherheit für die Teilnahme am Binnenmarkt gebracht und weisen institutionelle Nachteile auf. Die EWR-Länder Liechtenstein, Norwegen und Island haben wenig Probleme.

Seit August 2013 liegt das Verhandlungsmandat des Bundesrates für den europapolitischen Kurs auf dem Tisch. Seit Mai 2014 sind auch die kaum akzeptierbaren Vorstellungen der EU bekannt.

Mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative ist aber

ein innenpolitisches Katz-und-Maus-Spiel wegen dem Gegensatz zwischen den am 21. Mai 2000 vom Volk angenommenen Bilateralen und der am 9. Februar 2014 genehmigten Masseneinwanderungsinitiative entstanden. Obwohl eine Mehrheit des Parlamentes glaubt, einen Weg für eine mit beiden Beschlüssen kompatible Regelung gefunden zu haben, bleibt der politische Sprengsatz bestehen.

Seit der EWR-Abstimmung sind nun 25 Jahre vergangen. Zu erinnern ist, dass damals von vielen Seiten Dringlichkeit behauptet wurde. Die Linke und ein Teil der Diplomatie wollten sofort in die EU, und die Gegner des EWR gaben vor, der EU-Beitritt stehe unmittelbar bevor. Beide Seiten versuchen bis heute, die Diskussion auf diese Fragen zu reduzieren. Dieses Dringlichkeits- und Krisengerede ist nach 25 Jahren Realität gründlich desavouiert worden.

In der Politik ist der «Hätti» ein wenig verlässlicher Ratgeber. Es darf aber daran erinnert werden, dass die Regelung des EWR für die Streitbeilegung bei der Anwendung des EWR-Abkommens weit günstiger war als das, was heute im Zusammenhang mit einem Rahmenabkommen diskutiert werden muss. ▶▶

«Blocher & Co. lagen daneben»

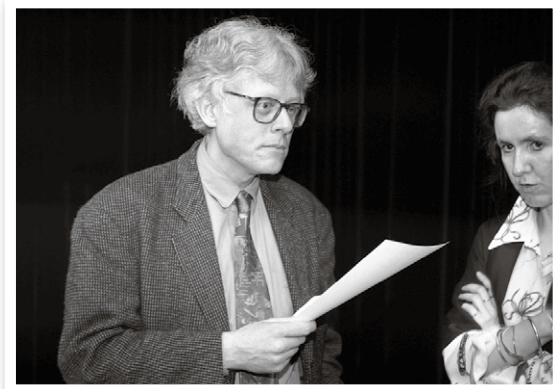
Als SP-Präsident war **PETER BODENMANN** vor 25 Jahren der grösste Gegenspieler von Christoph Blocher. Für den Walliser ist die Schweiz dank vielen Volksentscheiden praktisch im EWR gelandet. Aber er will in die EU. «Der autonome Nachvollzug von Regeln ist ein unwürdiges, nachhinkendes Sackhüpfen.»

Die SVP schürt seit 25 Jahren das Gefühl, wir seien erstens einzigartig und zweitens immer die Besten. Und am besten allein unterwegs. Parallel dazu wird der Hass auf das Fremde und die Fremden befeuert. Dies, obwohl Hochmut schadet.

Beginnen wir mit der Zukunft: Ein Thema wird uns in den nächsten Jahren beschäftigen. Das sich selbst steuernde Elektromobil kommt. Und wird alles verändern. Was bedeutet das autonome Fahren für uns alle? Welche Regeln muss künftig wer beachten? Wer haftet für was? Die EU-Kommission arbeitet an einer einschlägigen Richtlinie. Weil alle Regeln zumindest für ganz Europa gelten müssen. Wir sind in Brüssel leider noch nicht dabei. Und müssen dann alles übernehmen, was andere beschlossen haben. Autonomer Nachvollzug nennt man dieses unwürdige, nachhinkende Sackhüpfen.

Die Gegenwart: Im Herbst 2014 nahmen die Herrliberger Truppen die Nationalbank unter Beschuss. Ihre These: Die Schweiz ist unheimlich stark. Deshalb ist der Franken unheimlich stark. Je stärker der Franken wird, desto besser für die Schweiz. Thomas Jordan verlor die Nerven. Er hob bei Nacht und Nebel den bis dahin erfolgreichen Mindestkurs auf.

Franz Jaeger hat nach drei Jahren die Schadensbilanz erstellt: Die exportorientierten KMU und



Schock
Am Abstimmungssonntag des 6. Dezember 1992 studiert der damalige SP-Chef Peter Bodenmann die ersten Resultate.

ihre Angestellten haben geblutet. Sie konnten nicht mehr genügend in Forschung und Entwicklung investieren. Die Erwerbslosigkeit in der Schweiz ist deshalb höher als in vergleichbaren Regionen Europas. Europa entwickelt sich wirtschaftlich zurzeit viel besser als die Schweiz.

Das haben inzwischen selbst die geldgierigen Währungsspekulanten begriffen. Die Schweiz ist für sie – entgegen aller Fehlprognosen aus Herrliberg – kein sicherer Hafen mehr. Der Euro ist inflationsbereinigt wieder so stark wie zu Zeiten des Mindestkurses. Blocher & Co. lagen daneben. Thomas Jordan hätte man in jedem politisch halbwegs vifen Land in die Wüste geschickt.

Die Vergangenheit: Trotz dem Nein zum EWR haben wir inzwischen die Personenfreizügigkeit. Die SVP hat aus Angst vor dem Volk nicht einmal das Referendum

gegen die sanfte Umsetzung ihrer Masseneinwanderungsinitiative ergriffen.

Trotz dem Nein zum EWR verkehren auf unseren Strassen glücklicherweise nicht nur 28-Tonner, sondern auch besser beladene 40-Tonner. Und die Bahn gewinnt, wenn auch langsam, Anteile im Güterverkehr. Dank der LSWA, dank diesen erfolgreichen flankierenden Massnahmen. Sonst wären unsere Autobahnen total verstopft.

Vor 25 Jahren haben die Grüne Partei und verwirrte Sozialdemokraten Blocher zu einem Pyrrhussieg verholfen. Die Hauptthese von Rudolf Strahm, Verena Diener, Jo Lang, Hans-Peter Thür & Co.: Die umweltfreundliche Schweiz wird bei einem Ja zum EWR ihren Vorsprung in Sachen Umwelt verlieren. Wahr ist das Gegenteil: Das weniger sonnige EU-Land Deutschland produziert pro Kopf mehr Solarstrom als wir. Und das EU-Land Schweden ist das umweltfreundlichste Land in Sache Klimaschutz.

Wir sind dank vielen Volksentscheiden faktisch im EWR gelandet. Deshalb startet die SVP immer neue, nicht umsetzbare Volksinitiativen. Der mühsame Umweg über die bilateralen Verträge hat alles etwas langsamer und teurer gemacht. Es ist nicht verboten, wenn wir aus dieser unserer Geschichte etwas lernen. »

Foto Keystone

«Der mühsame Weg über die Bilateralen hat alles etwas langsamer und teurer gemacht»

PETER BODENMANN

Aktiv
Die Walliser SP-Legende, Hotelier Peter Bodenmann, 65, verfasst heute regelmässig Kolumnen zu politischen und gesellschaftlichen Themen.

Durchblick
Alt Bundesrat
und SVP-
Vordenker
Christoph
Blocher, 77. Das
EWR-Nein
machte ihn zum
Politstar.

«Die Gegner der Vorlage,
standhafte Männer und
Frauen, wurden als
Hinterwäldler verspottet»

CHRISTOPH BLOCHER

«Der Untergang ist nicht eingetroffen»

Mit dem Kampf gegen den EWR legte **CHRISTOPH BLOCHER** das Fundament für seine
Politkarriere. Und ebnete den Aufstieg der SVP zur stärksten Partei der Schweiz. Heute steht für den
alt Bundesrat und Chefstrategen fest: Dank dem Nein vor 25 Jahren geht es der Schweiz deutlich besser.

◀ Bundesrat, Parlament
und alle, die in Politik
und Wirtschaft Rang
und Namen hatten, wollten 1992,
dass die Schweiz mit der EU (da-
mals noch EG) einen Vertrag un-
terschreibt, um dem sogenannten
Europäischen Wirtschaftsraum
(EWR) beizutreten. Mit dem Ver-
trag hätte sich die Schweiz ver-
pflichten sollen, von der EU Ge-
setze und künftiges Recht zu über-
nehmen, ohne dass die Schweizer
Stimmbürger hätten entscheiden
können. Die Schweizer Stimmbür-
ger wären entmachtet worden.

Auch der Bundesrat realisie-
te, dass der EWR-Vertrag ein Ko-
lonialvertrag war. Darum schrieb
er: «Unsere Teilnahme am EWR
kann nicht mehr als das letzte
Wort in unserer Integrationspoli-
tik gelten. Sie ist im Rahmen einer
Europa-Strategie zu sehen, die in
zwei Phasen ablaufen soll und
den vollumfänglichen Beitritt der
Schweiz zur EG zum Ziel hat.»

Die EWR-Abstimmung war da-
rum nicht nur eine EWR-, son-
dern auch eine EU-Abstimmung.

Am Samichlaustag 1992 gingen
fast 80 Prozent der Bürgerinnen
und Bürger an die Urne. Der
EWR/EU-Beitritt wurde abge-
lehnt. Damit bestätigte die
Schweiz ihr jahrhundertaltes
Erfolgsmodell: Offenheit gegen-
über der Welt, aber eigenständige
Gestaltung unserer politischen
Verhältnisse.



Folklore
Christoph
Blocher an
einem Umzug
im November
1992. Damals
war er Präsident
der Zürcher
SVP.

Bei den Gegnern der Vorlage
handelte es sich dagegen um ein-
fache, aber standhafte Männer
und Frauen aus dem Volk, die als
Hinterwäldler verspottet und
lächerlich gemacht wurden. In
hochnäsiger Weise sprach man
vom «dummen Volk».

Bedauerlich war es, dass die
Classe politique den Entscheid
innerlich bis heute nie akzeptiert
hat. Die Bundesräte jammerten
schon am Abstimmungstag mit
Trauermiene über einen «di-
manche noir», einen schwarzen
Sonntag. Sie prophezeiten unse-
rer Jugend – im Gegensatz zur
EU – eine Zukunft in Arbeitslosig-
keit (während heute die Jugend-
arbeitslosigkeit in gewissen EU-
Staaten Rekordwerte erreicht).

Über 20 Jahre lang hielt die
Classe politique offiziell am
Beitrittsziel fest, sie tut es
noch immer – heute allerdings
ohne es offen zu sagen. Die FDP

sprach sich 1995 für den EU-
Beitritt aus, die CVP folgte
1998, die SP hat das EU-Bei-
trittsziel bis heute im Partei-
programm.

Bei den bilateralen Verträgen
akzeptierte man eine entwürdi-
gende «Guillotineklausel», weil
man eben mit diesen Verträgen
Richtung EU steuerte. Obwohl
Volk und Stände inzwischen be-
schlossen haben, die Zuwande-
rung sei wieder zu beschränken,
setzt man dies nicht um mit
der Begründung, internationales
Recht stehe über schweizeri-
schem Recht. Hier: Entmachtung
der Bürger in der Zuwanderungs-
frage.

Heute können wir eine gültige
Bilanz ziehen: Die Untergangs-
szenarien der EWR-Befürworter
von 1992 sind allesamt nicht ein-
getroffen. Sondern das Gegen-
teil: Im Vergleich zu den Staaten
der EU geht es der Schweiz deut-
lich besser: wirtschaftlich, gesell-
schaftlich und bezüglich Lebens-
qualität und Sicherheit. Warum?
Weil hierzulande noch immer
die Bürger statt die Politiker
allein bestimmen. Sorgen wir
dafür, dass dies auch in Zukunft
so bleibt. Und dass unsere demo-
kratischen Bürgerrechte nicht
dem Eigennutz, dem Karriere-
denken oder der Feigheit von
Politikern, Managern
und Verbandsfunktio-
nären geopfert werden. ▶▶